

Grüner Igel

BÜNDNIS 90 / Die Grünen
wünschen
Frohe Ostern



„Das“ Ortsentwicklungskonzept

Wie soll es mit Lamsheim in Zukunft weitergehen?

Der Gemeinderat Lamsheim hat beschlossen, die zukünftige Dorfentwicklung in einem Ortsentwicklungskonzept mittel- und langfristig zu planen, will dies nicht dem Zufall überlassen und bei kurzfristig anstehenden Projekten weiterentwickeln. Hier soll neben der Verkehrsstruktur auch das Erscheinungsbild von Lamsheim verbessert werden sowie eine Art Leitbild für Lamsheim entwickelt werden.

Unter der professionellen Leitung des Sachverständigenbüros Modus Consult treffen sich – anfangs regelmäßig – Vertreter der Verwaltung und der Fraktionen, aber auch engagierte Bürger und Vertreter der Lamsheimer Vereine. So sollen auf möglichst breiter Basis Ziele formuliert und Einzelmaßnahmen geplant werden. Eine regelmäßige Bürgerbeteiligung in Form von Informationsveranstaltungen war vorgesehen. So sollten bereits in der Konzeptionsphase die Belange möglichst vieler beteiligter und interessierter Bürger ihren Ausdruck finden können. Viele Ziele zur Verbesserung des Erscheinungsbildes und der Verkehrsstruktur wurden bereits formuliert.

- Lärmschutz-Kontrollsysteme, -minderung
- Förderung neuer Technologien für die Kompostierung, Förderung der Kompostierung in den einzelnen Haushalten
- Sensibilisierung für Bauvorhaben nach ökologischen Prinzipien



... Ortseingang mit Kirchturm

Das bis jetzt entwickelte Leitbild lautet wie folgt:

Lamsheim soll...

... eine nachhaltige Umweltpolitik betreiben:

- Nutzung alternativer und regenerativer Energien
- Systematische und kontinuierliche Qualitätskontrolle der Luft
- Anwendung von Förderprogrammen für die Nutzung alternativer und regenerativer Energiequellen

Inhalt:

„Das“ Ortsentwicklungskonzept	1
Isenach Renaturierung und Regenrückhaltebecken	
Bauernwiesen	2
Hauptschule passé – Integrierte Gesamtschule	3
Im Westen nichts Neues (2)	4

- Aktive Förderung des Agenda 21 – Prozesses

... eine nachhaltige Infrastrukturpolitik betreiben:

- Erhalt und Pflege von Gehsteigen ohne bauliche Barrieren
- Barrierefreie Nutzung öffentlicher Gebäude
- Attraktivierung des ÖPNV, bessere Rad- und Fußwege
- Einheitlich attraktive Öffnungszeiten für den Publikumsverkehr in den Verwaltungen und Geschäften
- Maßnahmen zum Erhalt der Grundversorgung im Ortskern

- Unterstützung und Förderung öffentlicher Einrichtungen (Sporteinrichtungen, Freizeiteinrichtungen, Soziale Einrichtungen, etc.)

...Urbane Qualitäten erzeugen und sichern:

- Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands des historischen Ortskerns
- Förderung und Pflege regionaltypischer Bepflanzung in öffentlichem und privatem Raum
- Förderung des Kontakts zwischen Verwaltung und Bürgern
- Förderung und Erhalt von lokalen kulturellen Veranstaltungen

... ihre traditionellen und regionaltypische Produkte/Erzeugnisse aufwerten:

- Unterstützung der Vermarktung regionaltypischer Erzeugnisse jeglicher Art
- Entwicklung von „Märkten“ für Naturprodukte, Förderung von aufwertenden Angebotsflächen
- Erhalt und Förderung landschaftstypischer Bewirtschaftungsweisen

... ihre typische Kulturlandschaft mit ihrer Vielfalt, Eigenart und Schönheit bewahren:

- Erhalt der historisch gewachsenen typischen Kulturlandschaft
- Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe
- Förderung eines Biotopverbundsystems im Zusammenhang mit dem Gewässerschutz und der Bereitstellung von Retentionsräumen

...ein lebenswerter Wohnstandort mit Dorfcharakter bleiben

- seine Baustrukturen erhalten und vor dem Hintergrund geänderter Nutzungsanforderungen weiterentwickeln
- im gesamten Wohnumfeld grüne Plätze zum Verweilen bieten

- qualitätvolle Übergänge von Ort und offener Landschaft aufweisen
- seine Denkmäler und deren Nutzung dauerhaft sichern und sie als Chance zur Eigenentwicklung begreifen
- eine Dorfgemeinde sein mit aktiven Nachbarschaften und Bereitschaft für Hilfe zur Selbsthilfe
- allen Alters- und Interessengruppen durch Netzwerkbildung sowie Förderung und Anerkennung ehrenamtlicher Leistungen ein lebendiges Miteinander ermöglichen

Fazit:

Bei der Planung von einzelnen Maßnahmen geraten diese Ziele jedoch oft sofort wieder aus den Augen, wenn es um die Bequemlichkeit und widerstrebende Interessen der Allgemeinheit und betroffenen Anwohnern geht. Sofort wird der Ruf nach genügend Parkplätzen und ausreichenden Anfahrtsmöglichkeiten für PKW laut. Auch ein sehr starker Einfluss der Verwaltung auf das Ortsentwicklungskonzept kann beobachtet werden.

Nach anfänglichen regelmäßigen Treffen ist nun seit den Sommerferien Stillstand eingetreten. Mit dem berechtigten Hinweis, dass viele Projekte abhängig von der zukünftigen Verkehrsentwicklung sein würden, wurde eine Verkehrszählung und Verkehrsprognose in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse und der Entwurf eines Verkehrskonzeptes liegen inzwischen vor. Über den weiteren Fortgang des Verfahrens. Es wäre zu wünschen, wenn der gute Start des Konzeptes nicht aufgrund zu langen Stillstandes an Interesse verliert. Weiterhin ist zu wünschen, dass insbesondere die Interessen von Kindern und Jugendlichen mehr Beachtung fänden. Diese können und sollten sich am Entwicklungskonzept verstärkt beteiligen, auch ohne dass sie direkt eine parteiliche Bindung eingehen. Sie sind es doch, die am längsten von der Ortsentwicklung betroffen sein werden.

Die endgültige Abrechnung steht noch aus – Isenach Renaturierung und Regenrückhaltebecken Bauernwiesen

Alles andere als ein planerisches Glanzstück war die im Frühjahr letzten Jahres begonnene Baumaßnahme zur Renaturierung der Isenach und der Erstellung eines Regenrückhaltebeckens in den Bauernwiesen. Schlimm genug war es schon, dass das Projekt genutzt wurde, um gegen den massiven Protest vieler Einwohner und auch von uns Grünen das Freibadbecken zu verfüllen. „Aus dem Augen, aus dem Sinn...“, so überschrieben wir im Grünen Igel Nr. 22 unseren Bericht zum Freibad. Spielten schon bei der Verfüllung des Beckens fehlerhafte Masse- und Kostenberechnungen eine Rolle, sollte sich dies auch bei der Isenach-Renaturierung und dem Regenrückhaltebecken fortsetzen. Bekanntermaßen war die Maßnahme mit der Auflage verbunden das belastete Erd-

material abzufahren und auf eine Deponie in Rheingönheim zu verbringen. Statt der ursprünglich berechneten 30.000m³ Aushubmaterial waren es plötzlich knapp ein Viertel mehr, die untergebracht werden mussten. Ob das eine „geringe Menge im Vergleich zur Gesamtbaumaßnahme“ ist, so Bürgermeister Eisenbarth, kann jeder selbst beurteilen. Doch die Gemeindeverwaltung und der mit der Maßnahme betraute Gewässerzweckverband wussten sich zu helfen. Entgegen der beschlossenen Planung wurde das überschüssige Aushubmaterial kurzerhand neben dem gerade ausgehobenen Regenrückhaltebecken auf den Bauernwiesen aufgeschüttet und ein Genehmigungsantrag zur Zwischenlagerung bzw. endgültigem Verbleib bei der SGD Süd gestellt. In den nachträgli-

chen Verhandlungen mit der SGD Süd unter Einbeziehung der Naturschutzverbände konnten die geschaffenen Fakten wenigstens mit einem Kompromiss entschärft werden. Maximal die Hälfte des Aushubmaterials kann verbleiben und wird zur Geländemodulierung verwendet, der Rest wird abgefahren. Als Kompensation dieses Eingriffs in den Naturhaushalt werden ökologische Ausgleichmaßnahmen an anderer Stelle angeordnet.

Nicht gerade zimperlich ist man mit dem Fischbestand umgegangen, als die Isenach im Rahmen der Baumaßnahmen umgeleitet wurde. Nur durch den ehrenamtlichen Einsatz des kurzfristig benachrichtigten Fischereivereins konnte ein Teil des Fischbestandes gerettet werden. Fachlich korrekt wäre ein Abfischen mittels Elektrofischen gewesen, doch das schien den Verantwortlichen wohl zu teuer und aufwändig.

Das mit der Planung und Durchführung beauftragte Ingenieurbüro gibt es inzwischen nicht mehr. Wir sind gespannt wie sich die Schlussabrechnung der Maßnahme darstellt und wer ggf. für die Mehrkosten aufkommen muss. Eine bereits im Sommer gestellte Anfrage im Gemeinderat, der nur die Kosten der Freibadverfüllung betraf, ist bis heute nicht beantwortet.

Ursprünglich war geplant die gesamte Maßnahme im Herbst abzuschließen. Derzeit sind weder die renaturierte Isenach noch das Regenrückhaltebecken eine Augenweide. Es bleibt die Hoffnung, dass nach der



... an der Isenach

Bepflanzung mit Bäumen und Sträuchern schnell die Wunden geheilt werden, die durch den massiven Eingriff in das Landschaftsbild gerissen wurden.

Hauptschule passé – Integrierte Gesamtschule

Die vorgesehene Abschaffung des Schultyps Hauptschule bis zum Jahr 2013 erfordert Handlungsbedarf in Lamsheim. Der neue Schultyp Realschule Plus – mit der Möglichkeit der Mittleren Reife bzw. des Fachabiturs als Abschluss – soll mehr Durchlässigkeit in der weithin noch dreigliedrig geprägten Schullandschaft schaffen. Dem Ausbau des Typs Integrierte Gesamtschule als weitere Option steht dabei nichts im Weg.

Die Reformpläne der Ministerin haben jedoch für Lamsheim einen Haken: Es kristallisiert sich heraus, dass die Bewerbung der Lamsheimer Schule zur Realschule Plus fast schon utopisch ist, da Dreizügigkeit meist Voraussetzung ist. Von Landeslehrer und -elternverbänden wird das neue Schulkonzept inzwischen als „Mogelpackung“ kritisiert. Ungeachtet der problematischen Situation in Lamsheim sehen dies auch die Lamsheimer Grünen so.

Aus dem erst jetzt aktualisierten Schulentwicklungsplan des Kreises lässt sich eine zukunftsweisende Schulentwicklung nur schwerlich herauszulesen. Dem Elternwillen, der in den letzten Jahren eine stark steigende Nachfrage nach dem Typus Integrierte Gesamtschule erkennen ließ, wurde schon allein dadurch nicht Rechnung getragen, dass man keine flächendeckende Erhebung des Elternwillens durchführte. Von

einer bedarfsgerechten Schulentwicklungsplanung des Kreisbeigeordneten Elster kann hier nicht die Rede sein. Viele Eltern sehen in der Realschule Plus nicht mehr als einen Etikettenschwindel; für sie kommt diese Schulform für ihre Kinder also nicht in Frage. Selbst Elster räumt die große Akzeptanz, mit der Eltern dem Konzept der IGS begegnen, ein! Kreisgrüne kritisieren in diesem Zusammenhang auch die offenbar wenig konstruktive Abstimmung des Landkreises mit den benachbarten kreisfreien Städten. Hier wäre interkommunale Kooperation nötig gewesen.

Fazit:

Weder auf Landesebene noch auf Kreisebene haben sich CDU und SPD in Sachen Schulpolitik mit Ruhm bekleckert! Dies wird auch im Hinblick auf die Situation der Lamsheimer Karl-Wendel-Schule deutlich. Wenn auch Lamsheims Antrag auf Realschule Plus wohl wenig Chancen hat, so ist Elsters Überzeugung, die er in der Presse (Rheinpfalz, 4.3.2009) verlautbaren ließ, nämlich, dass „eine eigenständige weiterführende Schule in Lamsheim ...zu Ende (gehe)“ irrtierend und der Sache wenig dienlich.

„Der Kreis kriegt unsere Schule kriegt, und wir behalten die Schulden“, so Bobenheim-Roxheims Bürgermeister Manfred Gräf, CDU (Rheinpfalz, 4.3.2009). In der Tat hat auch Lamsheim zu recht

große Summen in den Schulstandort Lamsbheim gesteckt. Sinnvolle Investitionen in die Bildung und damit die Zukunft unserer Kinder!

Was bleibt für Lamsbheim?

Unserer Überzeugung nach wäre die Einrichtung einer Integrierten Gesamtschule die zukunftsfähigste Lösung für Lamsbheim gewesen; zukunftsfähiger als zwei benachbarte Realschulen Plus (nämlich in Maxdorf und Lamsbheim). Doch sieht es so aus, als hätte man hier verschlafen. Frankenthal ist mittlerweile „aufgewacht“: die Einrichtung einer IGS, nämlich an der Robert-Schumann-Schule ist geplant. Abzusehen

ist eine gemeinsame Realschule Plus in Lamsbheim und Maxdorf. Doch wie die Umsetzung aussieht, scheint noch völlig offen.

Wichtig ist auch, dass Träger, Kollegium und Schulleitung für ihre Schule „kämpfen“. Positiv ist dabei, dass in dieser für Lamsbheim problematischen Situation die Karl-Wendel-Schule neben ihrem guten Ruf einiges zu bieten hat: die Ganztagschule im Grundschulbereich stößt auf positive Resonanz; der Abschluss der Mittleren Reife ist seit vielen Jahren möglich; Schulsozialarbeit findet – wenn auch in beschränktem Rahmen – statt.

Im Westen nichts Neues (2)

Ein Brennpunkt der Gemeinde bleibt – neben der Hauptstraße – das Gemeindegebiet im Westen um den Sitz der Firma Wüst mit Eulerweg und Bahnhofstraße. 1999 hatte die Verwaltung dem Gebiet einen „Bebauungsplan Eulerweg“ übergestülpt, um die „Konfliktlagen weitgehend zu entflechten“ und „für Ordnung“ zu sorgen, so die Begründung. Dies gegen den Willen der dortigen Anwohner, die eine nachträgliche Legalisierung der unhaltbaren Zustände und einen Fortbestand der Probleme befürchteten. Zu Recht!

Getan hat sich seitdem wenig, sieht man vom Bau der Ortsrandstraße West, ein paar neuen Häusern und der Asphaltierung der verlängerten Jahnstraße ab. Diese „Begleiteffekte“ am Rande können nicht verdecken, dass die Kernprobleme geblieben und zementiert wurden: LKW-Verkehr, den Durchfahrtsverbote nicht scheren, Straßen und Gehwege in kürzester Zeit ruiniert; Straßenzüge derart zuparkt, dass weder für

Rettungsdienste noch normalen Verkehr ein Durchkommen möglich ist. Von den Lärmbelästigungen durch Kühlaggregate, Fahrzeugverkehr und nächtliche Arbeiten auf dem Firmengelände selbst gar nicht zu reden. Eine effektive Kontrolle seitens der Verwaltung fehlt nach wie vor und ist offenbar auch nicht gewollt.

Im Gegenteil: Im Herbst hat man dem Betrieb mit Hinweis auf Schutz des Altbestandes eine „Überdachung des Hofes“ genehmigt, der sich in der Praxis inzwischen als Neubau eines Logistikzentrums entpuppt. Mit diesem Neubau scheint die ursprünglich geäußerte Absicht der Firma nach einer Verlagerung in das Industriegebiet im Brand in weite Ferne zu rücken. Die gemeindlichen Gremien sind bei dem Neubau nur unzureichend informiert worden, weil Ihnen nur wenig aussagekräftige Unterlagen im Rahmen einer Bauvoranfrage vorgelegt wurden. Für die Baugenehmigung und –aufsicht sei der Kreis verantwortlich, hieß es.

Leidtragende bei diesem inzwischen langjährigen Trauerspiel sind vor allem die Anwohner im Euler. Ob tatsächlich auf die Option auf eine Lärmschutzwand entlang der Ortsrandstraße West im Bebauungsplan verzichtet werden sollte, scheint BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angesichts der aktuellen Entwicklung fraglich. In dem gerade vorgelegten Verkehrskonzept zur Verkehrsberuhigung in der Hauptstraße ist eine Verlagerung der Verkehrsströme prognostiziert. Damit ist eine Zunahme der schon bestehenden Belastung absehbar. Anlass zur Zufriedenheit besteht also nicht, das Gebiet Eulerweg und seine Themen dürften uns leider auch weiterhin beschäftigen.



... LKW-Verkehr im Eulerweg

Impressum:
Herausgeber Bündnis 90 / Die Grünen Ortsverband Lamsbheim, Klaus-Peter Spohn-
Logé (V.i.S.d.P.), Hinterstraße 34, 67245 Lamsbheim,
E-Mail: ov.lamsbheim@gruene.de, Internet: www.gruene-lamsbheim.de